

Diskurse über Krieg und Frieden: Die Rolle der Orthodoxie im Russischen Angriffskrieg auf die Ukraine

⇒ 1 Einleitung

Die Bedeutung von Religionen in zwischenstaatlichen gewaltsamen Konflikten ist in den vergangenen Jahrzehnten wiederholt thematisiert worden. Spätestens mit der wegweisenden Monografie von Scott Appleby »The Ambivalence of the Sacred« (1999) war das diskursive Feld der widersprüchlichen Rollen, die Religionen und Religionsgemeinschaften in gesellschaftlichen Konflikten haben können, eröffnet. Vor diesem Hintergrund ist die Unsicherheit mit dem Faktor Religion in Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine in den gängigen politischen und sozialwissenschaftlichen Diskursen bemerkenswert, und sie illustriert die bleibende Offenheit der Frage. Aus der Sicht der Ostkirchen-

Regina Elsner, Dr. theol., *1979 in Forst/Lausitz, vertritt seit April 2023 den Lehrstuhl für Ostkirchenkunde, Ökumenik und Friedensforschung an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster. 2016 promovierte sie zum Verhältnis von Russischer Orthodoxer Kirche und Moderne an der Universität Münster. Sie arbeitete als Projektkoordinatorin der Caritas Russland (2006-2010) sowie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien ZOiS in Berlin (2017-2023). Zuletzt erschienen »Ökumene in der Zeitenwende? Russlands Krieg gegen die Ukraine als Zäsur ökumenischer Selbstverständlichkeit.« *ET-Studies* 14.1 (2023): 43–63; »Questioning the concept of ›religious activism‹ in Russian Orthodoxy from a theological perspective.« *Religion, State and Society* 51.1 (2023): 30–48; »Ukrainian Churches and the Implementation of the Istanbul Convention in Ukraine: Being Europe Without Accepting ›Gender‹.« In: *The Review of Faith & International Affairs*, 2022, 20(3), pp. 63–76; sowie die Monografie »The Russian Orthodox Church and Modernity« (Hannover 2021).
ORCID: 0000-0002-0113-4954

DOI: [10.18156/eug-1-2023-art-3](https://doi.org/10.18156/eug-1-2023-art-3)

kunde lassen sich zumindest zwei Gründe für diese Verunsicherung aufzeigen: Zum einen zeigen die friedensethischen und die ökumenischen Diskurse der westlichen Kirchen, dass das Christentum in den vergangenen Jahrzehnten immer weniger als Ursache oder verschärfender Grund von kriegesischen Auseinandersetzungen in Erscheinung getreten ist, vor allem im Vergleich mit anderen militanten religiösen Bewegungen. Die Verstrickung der Orthodoxen Kirche in den russischen Krieg auf beiden Seiten der Front hat die bisherigen Vorstellungen einer eher befriedenden, ausgleichenden oder versöhnenden Wirkweise des Christentums unerwartet durchbrochen. Es sind vor allem spezifische historische

Entwicklungen, welche die Orthodoxie in Osteuropa zu einem Sonderfall in den friedensethischen Diskursen westlicher Forschung machen.

Ein zweiter Grund scheint eine generelle Unterschätzung des Einflusses religiöser Ideen in der russischen Gesellschaft und Politik zu sein. Trotz der grundsätzlichen rationalen (geo)politischen und wirtschaftlichen Strategien, die diesen Krieg prägen, haben bestimmte religiöse Ideen und Traditionen besonders im Bereich der Identitäts- und Geschichtskonstruktion seit dem Ende der Sowjetunion eine äußerst große Bedeutung gewonnen. Diese Ideen mobilisieren sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch Loyalitäten, und sie haben auch strategisch eine eindeutige Bewertung des Krieges in der internationalen Gemeinschaft ausgebreitet. Im Folgenden sollen diese beiden Aspekte der Verunsicherung im Umgang mit der religiösen Dimension des russischen Angriffskrieges näher dargestellt werden. Dabei geht es in erster Linie um einen Überblick, der zum interdisziplinären Verständnis der Rolle der Religion in diesem Krieg beitragen möchte.

⇒ 2 Osteuropäische Orthodoxie – ein Sonderfall?

Fragt man nach dem Gewaltpotential christlicher Kirchen, gilt die Annahme der grundsätzlichen Ambivalenz: Die christliche Tradition kennt in ihrer heiligen Schrift und in ihrer Geschichte sowohl eine Legitimierung von Gewalt, als auch Aufrufe zu und Praktiken von Gewaltfreiheit (Schockenhoff 2018). Sicher ist das 20. Jahrhundert mit seinen globalen Kriegen und humanitären Erschütterungen ein Wendepunkt in der Geschichte des Christentums hin zu einer kritischen Auseinandersetzung mit dem religiösen Gewaltpotential und der Entwicklung friedensethischer Konzepte (Rinke 2021). Teil dieser Prozesse war auch eine bewusste kritische Evaluierung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat und eine Abkehr von Ideen der politischen Religion. Diese Entwicklungen sind dezidiert Prozesse der westlichen christlichen Kirchen, also der römisch-katholischen, der lutherischen und reformierten Kirchen. Auch wenn sich Details in dieser kritischen Aufarbeitung und Neukonzipierung durch jeweilige lokale Kontexte unterscheiden mögen und vor allem in den sehr eigenständigen Kirchen der evangelischen und protestantischen Kirchen stark variieren, so haben die Brüche des 20. Jahrhunderts dennoch alle Kirchen in dieser Hinsicht geprägt.

Die orthodoxe Kirchenfamilie ist, ähnlich wie die katholische Kirche, weltweit vertreten. Im Unterschied zur katholischen Kirche hat sie jedoch kein Leitungszentrum, das verbindliche Aussagen zu Glaubens- oder sozialem Fragen für alle Kirchen treffen kann. In Glaubens-

fragen entscheiden alle Kirchen (aktuell 15) auf einem Konzil gemeinsam, in sozialem sowie etwa liturgisch-praktischen Fragen sind die jeweiligen Kirchen selbständig. Diese Situation hat im 20. Jahrhundert dazu geführt, dass die orthodoxen Kirchen sehr unterschiedlich an den theologischen und sozialem Debatten der westlichen Christenheit partizipiert haben. Die Mehrheit der Orthodoxen Kirchen befinden sich traditionell in Ländern, die zum sogenannten Ostblock gehörten, also vor allem auf dem Balkan und eben in Osteuropa. Sie waren an den Aufarbeitungsprozessen der westlichen Kirchen nicht beteiligt und die theologischen Dialoge aus der Zeit des Kalten Krieges zeigen die unterschiedlichen Zugänge zu den Fragen der Friedensethik sehr deutlich (Hurskainen 2013; Overmeyer 2005).

⇒ 2.1 Do not disturb: Akzeptierte Deutungshoheit der Russischen Orthodoxen Kirche

Diese Dialoge wurden maßgeblich von der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) geführt, die als Instrument sowjetischer Außenpolitik die offizielle Position der sowjetischen Führung vertrat und darüber hinaus nur sehr begrenzt eigenständige theologische Konzepte vorlegen konnte. Was in diesen Dialogen, die nach dem Ende der Sowjetunion sowohl zwischen den Leitungen in Rom und Moskau als auch auf lokaler Ebene etwa zwischen der Evangelischen Kirchen in Deutschland, der Lutherischen Kirche in Finnland oder der Deutschen Bischofskonferenz und Moskau betrieben wurden, nie in die kritische Reflektion eingebunden wurde ist die Tatsache, dass die ROK spätestens ab 1991, aber faktisch auch schon früher mit dem Anspruch auftrat, auch die orthodoxen Gemeinschaften der dann unabhängigen Länder Ukraine, Belarus, Moldau, Litauen, Estland, Lettland und Kasachstan zu vertreten. Unabhängige gesellschaftliche und theologische Entwicklungen in diesen Ländern wurden von Moskau, aber auch von den westlichen Partnern, nicht wahrgenommen bzw. von der Moskauer Kirchenleitung zunehmend gezielt unterdrückt. Die orthodoxen Kirchen in diesen Ländern blieben der Leitung in Moskau unterstellt, damit aber auch den spezifisch russischen Zugängen zur Geschichte und zur Liturgie (die Liturgiesprache blieb in allen Ländern kirchenslawisch, ebenso der liturgische Kalender im alten Stil). Es war davon auszugehen, dass die sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in diesen Ländern Auswirkungen auf die jeweiligen Positionierungen in den entsprechenden lokalen Diskursen haben werden, so dass die Haltung der Kirchenleitung in Moskau durch diese kontextuellen Unterschiede in einen Konflikt mit den entsprechenden

Kirchen und/oder Gesellschaften geraten kann, wenn sie sich nicht vollkommen apolitisch verstehen sollte.

Die ROK hat in den Jahren seit dem Ende der Sowjetunion mehrere Konzepte zur Begründung ihrer Deutungshoheit ausgearbeitet, die sie flexibel je nach Adressat einsetzt und adaptiert. Zu den bekanntesten gehören die »Heilige Rus'«, das »kanonische Territorium« und die »Russische Welt« (Morozov 2023, 18). Zu verschiedenen Zeiten hatten diese Konzepte unterschiedliche geografische Koordinaten, unterschiedliche inhaltliche Füllungen und unterschiedliche religiöse Aufladungen. Für den ökumenischen Kontext dürfte die Idee des »kanonischen Territoriums« am meisten dazu beigetragen haben, dass andere orthodoxe und westliche Kirchen den Hoheitsanspruch der ROK über das gesamte Gebiet der ehemaligen Sowjetunion akzeptierten. Die Idee der »Heiligen Rus'« warb vor allem um diejenigen im In- und Ausland, die in der russischen Orthodoxie jene geistliche Mystik sahen, die in vielen anderen christlichen Kirchen verloren oder unter gesellschaftlichem Engagement bzw. der »Verweltlichung« verschüttet schien. Die »Russische Welt« schloss hingegen direkt an neoimperiale Konzepte an, sie hat im Vergleich mit den anderen Ideen den geringsten theologischen Gehalt und richtete sich in erster Linie an den innerrussischen Diskurs bzw. an die Menschen außerhalb der Russischen Föderation, die mit dem Projekt einer geschlossenen russischen wertkonservativen Zivilisation sympathisierten. All diese Konzepte zielten jedoch auf die Legitimierung der Deutungshoheit des Moskauer Patriarchats über die gesellschaftlichen und kirchlichen Prozesse innerhalb und außerhalb der Russischen Föderation, die eine Intervention zugunsten gesellschaftlicher oder kirchlicher/theologischer Vielfalt als Störung des inneren Friedens erscheinen ließen.

Durch die Akzeptanz der russischen kirchlichen Deutungshoheit in der Region durch westliche Partner*innen und Beobachter*innen wurde die Dominanz der ROK im Diskurs jedoch verstärkt. Keine der orthodoxen Kirchen in den genannten Ländern hatte jemals von Moskau unabhängige Dialoge mit anderen, westlichen Kirchen geführt. Dies spielte bereits bei der Einschätzung der kirchlichen Dimension während der Proteste in Belarus 2020 (Vasilevich 2021), vor allem aber bei der Wahrnehmung ukrainischer kirchlicher Interessen und Prozesse seit Beginn der russischen Aggression 2014 durch die westlichen Beobachter eine entscheidende Rolle. Erst 2018 mit der Instrumentalisierung der Kirchenfrage durch den Präsidentschaftskandidaten Petro Poroschenko wurde vielen politischen und kirchlichen Akteuren im Ausland vor Augen geführt, dass die religiöse Frage, und spezifischer die orthodoxe

Frage, eine entscheidende Rolle für die gesellschaftspolitischen Entwicklungen der Region hat (Elsner 2023). Auch nach der Eskalation des Krieges im Februar 2022 fehlte in der politischen Analyse des Krieges eine Reflektion der religiösen Komponente in der russischen Kriegsideologie und eine Auseinandersetzung mit der Verstrickung der orthodoxen Kirchen in der Ukraine in die Kriegsführung und gesellschaftliche Mobilisierung auf beiden Seiten der Front. Aber auch die diplomatischen Vermittlungsversuche des Vatikans und anderer religiöser Organisationen konzentrierte sich unnachgiebig auf den Dialog mit Moskau, ohne den Kirchen in der Ukraine eine – diplomatische oder kirchliche – Subjektivität zuzusprechen (Kunter 2023). Symptomatisch für diese anhaltende Akzeptanz der russischen Entscheidungshoheit ist der Entschluss des Ökumenischen Rates der Kirchen, die Vermittlungschancen im Dialog der zerstrittenen ukrainischen orthodoxen Kirchen auszuschlagen zugunsten einer Beteiligung der ROK, die seit Beginn des umfassenden Angriffskrieges im Februar 2022 keine Gelegenheit zur Unterstützung der russischen Kriegsführung und zur Instrumentalisierung ökumenischer Begegnungen ausgelassen hat. Auch der Vatikan zeigte wiederholt seine Rücksicht auf russische Interessen und verliert dadurch einen Teil seiner moralischen Glaubwürdigkeit gegenüber der Ukraine. Dieser zweite Aspekt zeigt deutliche Parallelen zu den geschichtswissenschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Debatten über eine Entkolonialisierung der Osteuropa-Studien von dem alles dominierenden Fokus auf russische Narrative und Interesse. Die Russische Orthodoxe Kirche ist in dieser Hinsicht auch Teil des Phänomens eines russischen Kulturimperialismus, der innerhalb der Grenzen der ehemaligen Sowjetunion, aber eben auch global die gesamte kulturelle und religiöse Pluralität und Diversität des osteuropäischen Raumes vereinnahmt hat (Darieva/Baranova 2023; Achilli/Finkelstein/Frieß 2022).

⇒ 2.2 Frieden als Friedhofsruhe: Verfestigung einer toxischen Staat-Kirche-Beziehung

Ein zweites Spezifikum des Umgangs der osteuropäischen Orthodoxie mit Krieg und Gewalt, welches sich vom westlichen Erwartungshorizont unterscheidet, ist das Verhältnis zwischen Kirche und Staat. Auch wenn die byzantinisch geprägte Idee der »Symphonie« zwischen weltlichen und kirchlichen Machthabern nie in Reinform existierte, hat sie doch die Haltung der Orthodoxie zur Welt, zu gesellschaftlichen Angelegenheiten und dem Umgang mit staatlichen Machthabern in allen Ländern mit orthodoxer Präsenz beeinflusst. Das 20. Jahrhundert hat

in diesem Kontext durchaus zu einer kritischen theologischen Aufarbeitung geführt, allerdings weniger in den traditionell und mehrheitlich orthodoxen Ländern in Ost- und Südosteuropa, sondern vor allem in den Ländern, in denen orthodoxe Diaspora-Gemeinschaften durch Flucht und Migration entstanden, vor allem in demokratischen Gesellschaften Westeuropas und Nordamerikas (Demacopoulos/Papanikolaou 2017). In Russland wurde die enge Beziehung zwischen Kirche und Staat im Rahmen umfassender Reformbestrebungen am Beginn des 20. Jahrhunderts zwar kritisch diskutiert, eine Umsetzung des Bewusstseins für eine notwendige kirchliche Distanzierung vom Staat unabhängig von dessen konkreter politischer Ausrichtung wurde jedoch durch die bolschewistische Revolution radikal beendet. So ging die Kirchenleitung nach Jahren der schweren Verfolgung vor dem Zweiten Weltkrieg 1943 erneut mit der sowjetischen Führung in die Kooperation und konnte dies in die ungebrochene Tradition der engen Staat-Kirche-Beziehungen stellen (Reese 2014; Beljakova/Bremer/Kunter 2016, 120ff.). Die Annäherung der ROK an den russischen Staat nach dem Ende der Sowjetunion muss dementsprechend weniger als neue oder unerwartete Entwicklung nach Jahrzehnten der Verfolgung verstanden werden, sondern als Fortsetzung einer nie wirklich abgebrochenen Tradition der Bezogenheit von weltlicher und kirchlicher Führung in Russland.

Das fast durchgängige Fehlen einer unabhängigen (Zivil-)Gesellschaft in Russland über Jahrhunderte hat dazu beigetragen, dass die Verknüpfung von russischer Staatlichkeit und russischer Orthodoxie eine fundamentale Verfestigung erfahren hat. Kritik an dieser Nähe wurde immer als Kritik an der Staatlichkeit an sich markiert, so auch im Verhältnis zu den sowjetischen Dissident*innen oder schließlich besonders öffentlichkeitswirksam im gerichtlichen Prozess gegen die Punk-Band »Pussy Riot« 2012 (Admiraal 2019). Die Kirche selbst hat in den 1990er Jahren die Trennung von Staat und Kirche im Sinne der Nicht-einmischung des Staates in kirchliche Angelegenheiten als Reaktion auf die Erfahrungen der atheistischen Politik begrüßt. Jedoch formulierten spätestens seit der Redaktion des Religionsgesetzes 1997 als Ergebnis der gezielten Annäherungspolitik unter Boris Jelzin und Patriarch Alexij II. sowohl der Staat als auch die Kirche die notwendige Bezogenheit von Orthodoxie und russischem Staat im Kontext der russischen Identität aus, so dass die Bedeutung der Orthodoxie für das gesellschaftliche Leben und die politischen Strategien fest verankert wurde. Besonders seit der sogenannten konservativen Wende in der Politik Vladimir Putins 2011/12 gibt es keinen gesellschaftlichen Raum mehr, in dem nicht mit Verweis auf oder direkter Unterstützung durch die ROK individuelle Freiheiten oder gesellschaftliche Freiräume

beschränkt oder offen unterdrückt werden. Eine vorläufige Kulmination fand diese Bezogenheit von Staat und Kirche in den Verfassungsänderungen 2020 (Stoeckl 2020), vor allem aber auch in der bedingungslosen Unterstützung des offenen russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine 2022.

Für die Friedensethik bzw. den kirchlichen Umgang mit staatlichem militärischem Handeln hat diese enge Verbindung sehr konkrete Konsequenzen, die in dieser Intensität tatsächlich als Sonderfall innerhalb der Orthodoxie, aber vor allem auch innerhalb des Christentums insgesamt betrachtet werden müssen. Durch alle geschichtlichen Etappen hindurch hat die Kirche trotz zeitweisen existenziellen Bedrohungen durch den Staat über eine Theologisierung des Patriotismus die Idee der Symphonie bewahren und weiterentwickeln können (Reese 2014). Dieser Patriotismus bedingt dabei eine grundsätzliche Unvereinbarkeit mit einem strengen christlichen Pazifismus, da die Verteidigungsfähigkeit des Vaterlands in jedem Fall gesichert sein muss (Sozialkonzeption 2000, VIII.2). Die (wenigen) Grundlagentexte der ROK zu Themen von Krieg und Frieden richten sich einerseits auf die Anforderungen an den/die Einzelne/n, sich durch individuelle Rechtgläubigkeit einem inneren Frieden anzunähern, und zum anderen an den Staat und die Verpflichtung der Kirche, den Staat in allen Fällen des Schutzes der Bevölkerung (der »Nächsten«) zu unterstützen (Elsner 2022). Fragen struktureller gesellschaftlicher Bedingungen von Frieden oder Krieg, etwa soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte oder strukturelle Gewalt werden hingegen kaum thematisiert.

Diese direkte Verknüpfung der Spiritualisierung des Friedens und der Verteidigungspflicht des Staates ist die Grundlage für die Ausarbeitung der Idee einer »Spirituellen Sicherheit« (*spiritual security*), die in den vergangenen Jahrzehnten nachdrücklich in die russischen Sicherheitsstrategien integriert wurden (Stoeckl 2020). Die Rolle der ROK in dieser gemeinsam mit dem Staat entwickelten Konzeption ist vor allem die Verbreitung und Verstärkung von solchen Bedrohungsszenarien, die den rein militärischen Bereich (etwa der NATO-Erweiterung) überschreiten und nah an den menschlichen Erfahrungen ansetzen: Themen des Familienlebens, der persönlichen Sicherheit und der kulturellen Identität. Besonders der heutige Patriarch der ROK, Kirill (Gundjaev), hat bereits in den 1990er Jahren intensiv an der Ausformulierung der Gefahren von Liberalismus, Säkularismus und Individualismus für die russische traditionelle Gesellschaft gearbeitet. Zahlreiche Motive der Bedrohung Russlands bzw. der russischen Zivilisation finden sich bereits in den Ergebnissen des von Kirill 1993 initiierten,

jährlich stattfindenden »Allrussischen Volkskonzils«, in seinen programmatischen Aufsätzen »Umstände der neuen Zeit« (1999) und »Die Norm des Glaubens als Norm des Lebens« (2000), sowie schließlich in den Grundlagendokument »Grundlagen der Lehre der Russischen Orthodoxen Kirche über Würde, Freiheit und Rechte des Menschen« von 2008. Noch Ende der 2000er Jahre schien jedoch offen, ob diese Strategie der »Diskurs-Politik« (Willems 2006) tatsächlich konkrete politische Erfolge haben würde. Mit seiner Wahl zum Patriarchen 2009 erlangte Kirill die Macht, um seine Konzeptionen im direkten Kontakt mit der Staatsführung in politische Strategien und schließlich in Gesetze wie die zum »Schutz religiöser Gefühle« (2012), über »ausländische Agenten« (2013) oder über »traditionelle Werte« (2022) zu überführen.

In den westlichen Diskursen über die Rolle von Religionen in militärischen Konflikten wurde diese enge und systematische Verstrickung von Kirchenleitung und politischer Führung besonders in Fragen der Verteidigung des eigenen konservativ-autokratischen Systems kaum wahrgenommen. In den entsprechenden Debatten wurde entweder auf die politische Instrumentalisierung religiöser Ideen verwiesen, was eine Bewahrung einer scheinbar »reinen«, unpolitischen Seite der russischen Orthodoxie ermöglicht, etwa wenn kirchliche Vertreter fordern, nicht die »Sprache der Politik« zu verwenden, sondern »als Kirchen« zueinander zu sprechen. Oder aber die russische Orthodoxie wurde fraglos in die westlichen kirchlichen Diskurse über konservative Wertevorstellungen eingebunden, deren Verteidigung auch von vielen anderen religiösen Akteuren weltweit als notwendig erachtet wird – wenn auch bisher ohne Waffengewalt. Die Allianzen zum Schutz sogenannter traditioneller Werte, die sich oft auch als Verteidiger gegen eine angebliche säkulare Unterdrückung von Religionsfreiheit positionieren, sehen in der ROK eine wichtige Partnerin. Die militärische Dimension dieses Diskurses, die in Russland durch die enge Verbindung von Staat und Kirche evident ist, wird dabei ausgeblendet. Dadurch fehlt dem Diskurs jedoch die selbstkritische Auseinandersetzung mit der kriegstreibenden, orthodox-christlich legitimierten Ideologie eines unüberwindbaren und existentiellen Konflikts zwischen liberalen und konservativen Kulturen bzw. Zivilisationen.

⇒ 3 Die Orthodoxie als Faktor der ukrainischen und russischen Innen- und Außenpolitik

Das besondere Staat-Kirche-Verhältnis in Russland ist in der Verbindung mit dem Anspruch russisch-orthodoxer Deutungshoheit über die meisten post-sowjetischen Staaten von großer Relevanz. Zur kirchenrechtlichen Jurisdiktion des Moskauer Patriarchats gehören orthodoxe Kirchen in der Ukraine, Belarus, Moldau, Kasachstan, Estland, Lettland und Litauen. Ein politisches oder gesellschaftliches System, das sich von der spezifisch russisch-orthodoxen Auslegung gesellschaftlicher Traditionen verabschieden wollen würde, müsste mit einem massiven Widerstand der ROK und einem entsprechend toxischen Einfluss auf die Politik rechnen. Dies machte die jeweiligen lokalen Filialen des Moskauer Patriarchats lange zu wichtigen Einflussfaktoren, eine von Moskau unabhängige Positionierung zu gesellschaftlichen und politischen Fragen konnte sich unter den genannten Umständen kaum entwickeln. Hinzu kommt, dass die Orthodoxie gezielt durch die russische Politik als diskursives Element für die Bindung der Staaten an den russischen Einflussbereich genutzt wurde, etwa über die Stiftung »Russkij Mir« oder den sehr fluiden Werte-Diskurs im Gegenüber zu europäischen Gesetzesinitiativen. Wie die PEW-Studie von 2017 zeigt, sahen zu dem Zeitpunkt der Umfrage fast alle orthodoxen Mehrheitsgesellschaften in Europa Russland als eine Schutzmacht für andere orthodoxe Christ*innen (PEW 2017). Eine interessante Ausnahme ist dabei die Ukraine mit nur 38% Zustimmung zu Russlands Schutzfunktion im Unterschied zu jeweils mehr als 58% bei allen anderen orthodoxen Ländern. Sie war bereits seit 2014 einer hybriden Kriegsführung durch Russland ausgeliefert und stellte mit ihren dezidierten Distanzierungsversuchen schon seit 1991 trotz ihrer großen historischen Verbundenheit zu Russland fraglos eine besondere Herausforderung für die strategische Deutungshoheit Russlands dar.

Grundstein der Bedeutung der Orthodoxie für den geografischen Raum Osteuropa stellt die Taufe der Rus' im Jahr 988 dar. Diese legendäre Taufe des Fürsten Volodymyr durch byzantinische Missionare begründet sowohl die christlich-orthodoxe Identität der gesamten Region, als auch die russische Staatlichkeit mit ihren wechselnden Herrschern und Grenzen seit dem 10. Jahrhundert. Mit der Abspaltung der lateinischen Kirche im 11. Jahrhundert und dem Untergang des Byzantinischen Reichs im 15. Jahrhundert verlegte sich die Vorstellung des letzten Ortes des reinen und heilbringenden christlichen Glaubens auf den orthodoxen Herrschaftsraum der Rus' in dem Konzept der »Heiligen Rus'«

bzw. des »Dritten Rom«. Der in diesen historischen Narrativen enthaltene Superioritätsanspruch der russischen Orthodoxie und der russischen Herrscher wurde schließlich am Ende des 20. Jahrhunderts als Reaktion auf die Identitätskrise nach dem Ende der Sowjetunion aktualisiert. Dabei lassen sich drei Dimensionen unterscheiden: die innenpolitische Dimension, eine außenpolitische Dimension globaler Perspektive und eine außenpolitische Dimension des näheren Auslands. Während die erste und zweite Dimension in den vergangenen Jahren sehr ausführlich erforscht wurden – zur Innenpolitik etwa von Alexander Agadjanian, Tobias Köllner, Zoe Knox u.a., zur Außenpolitik vor allem von Alicija Curanovic, Mikhail Suslov, Kristina Stoeckl u.a. – so gibt es zur dritten, eher hybriden Dimension der religiös-politischen Verstrickung in der direkten Nachbarschaft fast keine Forschung. Dies hat sich mit dem Beginn des russischen Krieges durch die Annexion der Halbinsel Krim 2014 zwar verändert, und dennoch erschien die Orthodoxie oft nur als Ideologieversatz in Putins imperialistischer Strategie, nicht als eigenständiger Akteur und maßgebliche Stimme im gesellschaftspolitischen Diskurs über die nahe Nachbarschaft.

⇒ 3.1 Der Fall Ukraine

Tatsächlich ist Orthodoxie seit dem Ende der Sowjetunion diejenige Verbindung zwischen den Gesellschaften in Russland, der Ukraine, Belarus und Moldau, die trotz aller Krisen fast unhinterfragt blieb. Lediglich in der Ukraine nutzten die Unabhängigkeits-Bestrebungen seit 1990 die religiöse Dimension ausdrücklich, um sich von Moskau zu distanzieren. Dazu gehört vor allem die Abspaltung des sogenannten Kyjiwer Patriarchats unter dem selbsternannten Patriarch Filaret (Denysenko) 1992, die in den folgenden Jahren immer wieder von politischen Akteuren in den öffentlichen Diskurs eingebunden wurde, auch wenn die Kirche innerhalb des Christentums von keiner anderen Kirche anerkannt wurde und so außerhalb der Ukraine keinerlei bedeutenden Kontakte aufbauen konnte. Innerukrainisch aber sorgte die Existenz dieser Kirche dafür, dass das Moskauer Patriarchat keine Hoheit über den gesellschaftlichen Diskurs erlangen konnte. Die Religionspolitik der Ukraine blieb neutral und dauerhafte politische Allianzen mit der einen oder anderen Kirche waren unmöglich.

Dies änderte sich mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Halbinsel Krim durch Russland im März 2014 und dem Beginn des hybriden russischen Krieges im Osten der Ukraine. Nachdem alle Religionsgemeinschaften noch während der pro-europäischen Proteste auf dem Maidan

im Winter 2013/2014 eine hohe Identifikation mit der Zivilgesellschaft gegenüber dem Staat zeigten, zog sich die Ukrainische Orthodoxe Kirche nun zunehmend aus den öffentlichen Diskursen zurück. Grund war zum einen die Persönlichkeit des 2014 neu gewählten Oberhauptes, Metropolit Onufrij (Berezovskij), der im Unterschied zu seinem Vorgänger Wolodymyr (Sabodan) für seine Nähe zu Moskau und seine Abneigung gegenüber allen weltlichen und ökumenischen Prozessen bekannt war. Zum anderen aber wehrte sich ein großer Teil der Kirche gegen die patriotische Vereinnahmung durch die ukrainische Gesellschaft, die das transnationale Ideal der russischen Orthodoxie widersprach. Der anhaltende militärische Druck Russlands auf die Ukraine führte die UOK, die sich weiterhin in geistlicher Gemeinschaft mit Moskau verstand, in eine Sackgasse, und sie isolierte sich zunehmend im gesellschaftlichen und politischen Diskurs. Für die Politik aber war unter den Bedingungen der russischen Aggression eine ausdrücklich loyale, an der Festigung der ukrainischen Identität interessierte Kirche wie das Kyjiwer Patriarchat vorteilhafter (vgl. zu den Dynamiken zwischen 2014 und 2020 den Sammelband von Clark/Vovk 2020).

Diese Verschmelzung von politischer und religiöser Strategie fand einen vorläufigen Höhepunkt in dem Wahlkampf Petro Poroshenkos mit der Losung »Sprache, Armee, Glaube«. Mit diesem Slogan postulierte Poroshenko zum einen die Möglichkeit einer völligen Ablösung der Orthodoxie in der Ukraine von der russischen Orthodoxie. Gleichzeitig signalisierte Poroshenko aber auch, dass der orthodoxe Glaube für die Ukraine aus seiner Sicht eine monopolisierende Position einnehmen könne, die vergleichbar wäre mit der Stellung der ROK in Russland. Petro Poroshenko verlor die Wahl 2019, allerdings hatte sein Wahlkampf mit der Herstellung der nun anerkannten unabhängigen Orthodoxen Kirche der Ukraine im Winter 2018/19 nachhaltige Auswirkungen auf den öffentlichen Diskurs in der Ukraine und außerhalb. Russland und die Russische Orthodoxe Kirche nutzten die anfänglichen juristischen Unklarheiten zum Wechsel von kirchlichen Zugehörigkeiten sowie einzelne gewaltsame Auseinandersetzungen, um eine angebliche Verfolgung von Gläubigen der Kirche des Moskauer Patriarchats in den Medien und internationalen Gremien anzuprangern. Die russische Politik sah sich berechtigt, zum Schutz der »eigenen« Bevölkerung bzw. der verfolgten Christ*innen in der Ukraine zu intervenieren und sich als Schutzmacht für Religionsfreiheit zu positionieren (Elsner 2022b). Petro Poroshenkos Nachfolger, Wolodymyr Selenskij, reagierte darauf mit einer zugespitzten Fortsetzung von Poroshenkos Nationalisierung der Orthodoxie durch das Konzept einer »spirituellen Unabhängigkeit« (Selenskij 2022). Die Idee der »richtigen« Orthodoxie entwickelte sich

unter dem Eindruck des russischen Angriffskrieges seit Februar 2022 fort zu einem Gesetzentwurf der Partei Poroschenkos »Europäische Solidarität« im November 2022, der der unabhängigen Orthodoxen Kirche der Ukraine eine Deutungshoheit über die »richtige« Orthodoxie in der Ukraine zusprechen möchte (Gesetzentwurf Nr. 8221 vom 23.11.2022).

Der russische Krieg hat damit eine verengende religionspolitische Dynamik innerhalb der Ukraine provoziert. Noch in den 1990er Jahren war eine konstruktive Erschließung einer dezidierten Kyjiwer orthodoxen Tradition zu beobachten, der es um jene gesellschaftliche Offenheit und Trennung von dem traditionellen Staat-Kirche-Nexus ging, die sich auch in den pro-europäischen gesellschaftlichen Diskursen widerspiegelte. 2019 gab sich dementsprechend die neue Orthodoxe Kirche der Ukraine den Leitspruch »Eine Kirche, die offen ist für alle« auf ihrer Homepage. Aber seit 2014 hatten sich die Tendenz verstärkt, die eigene Identität in erster Linie negativ in Abgrenzung zur russischen Bedrohung auszuarbeiten, ohne inhaltlich die ursprüngliche Offenheit gegenüber dem Anderen zu bewahren. Graswurzel-Initiativen zur Förderung eines substantiellen Dialogs zwischen den verschiedenen Kirchen mit Anspruch auf die Kyjiwer Tradition blieben gegenüber den Kirchenleitungen machtlos, diese blieben bei dem vermachteten Diskurs über die »richtige« orthodoxe Kirche für die Ukraine. Dazu gehört etwa auch die sehr schnelle Einführung des neuen (neujulianischen) Kalenders, die u.a. als Abschied von der russischen Dominanz dargestellt wird (PCU 2023).

Eine dualistische Zuspitzung von Gut und Böse ist angesichts des Krieges nachvollziehbar, sie enthält jedoch eine metaphysische bzw. ontologische Legitimierung, die für die innenpolitischen und gesellschaftlichen Diskurse innerhalb der Ukraine negative Auswirkungen auf Fragen gesellschaftlicher Vielfalt haben kann. Die Behauptung des einzig wahren Glaubens läuft Gefahr, in einen religiösen Fundamentalismus zu verwachsen, der besonders im Kontext nationaler Bestätigungsprozesse höchst problematische Folgen haben kann (Makrides 2021). In den öffentlichen und legislativen Debatten um die Ukrainische Orthodoxe Kirche, die sich nach den Entscheidungen eines Konzils am 27. Mai 2022 in einem unklaren Verhältnis zum Moskauer Patriarchat befindet, spiegelt sich diese Nutzung der Orthodoxie als diskursive Waffe im innenpolitischen Bereich wider. Sergii Brotnyk (2023) spricht an dieser Stelle von einer zu beobachtenden Übertragung des Krieges von der Front, wo es seit dem Herbst 2022 kaum erkennbare Fortschritte gab, in den innenpolitischen Bereich, wo der Kampf gegen einen

angeblichen ideologischen Feind größere Aussicht auf Erfolg versprechen könnte. Damit zeigt die Verbindung von Orthodoxie und Politik in der Formierung eines konsistenten gesellschaftlichen Identitätsdiskurses in der Ukraine gewisse Ähnlichkeiten mit der Entwicklung in Russland.

Der Vorbehalt, der sich aus der akuten Kriegssituation ergibt, ist wichtig, um Erklärungsmustern der Pfadabhängigkeit keinen Vorschub zu leisten. Die Ukraine hat besonders durch eine größtenteils funktionierende Rechtsstaatlichkeit bisher die Übertragung religiöser Bedrohungs- und Sicherheitsdiskurse in Gesetzesentscheidungen verhindert. Dies kann sich je nach Kriegsverlauf ändern, da die Emotionalisierung der Frage Druck auf die legislativen Prozesse ausübt. Allerdings kommt hier ein weiterer zentraler Unterschied zur russischen Situation zum Tragen: die starke ukrainische Zivilgesellschaft. So lassen sich in Umfragen zwar einerseits der Wunsch nach einem vollständigen Verbot der Ukrainischen Orthodoxen Kirche und damit eine hochemotionalisierte Tendenz zum Bruch der Religionsfreiheit ablesen (KIIS 2023). Gleichzeitig zeigt sich aber auch eine zunehmende Säkularisierung der Gesellschaft: Mehr Menschen zweifeln, ob sie der Kirche vertrauen können (Razumkov 2023, 42), die überwiegende Mehrheit identifiziert sich vor allem als ukrainische Bürger*innen (ebd.: 23 und gerade die junge Generation zeigt eine sinkende Bindung an traditionelle Kirchen (ebd.: 26ff.). Das weist darauf hin, dass wachsende Teile der Gesellschaft der konfliktverschärfenden Wirkung der institutionalisierten Kirchen kritisch einschätzen und sich auf eine private Religiosität zurückziehen. Eine solche Konstellation mindert auch das mögliche versöhnende Potential der Kirchen in der ukrainischen Gesellschaft, es zeigt aber gleichzeitig eine Gesellschaft, die in ihrem Selbstverständnis europäischer ist als die Kirchen selbst.

⇒ 3.2 Der Fall Russland

Die starke Verbindung von Staat und Kirche in der Frage einer Verteidigung gegen äußere Gefahren ist ein Hauptmerkmal eines zugespitzten Verständnisses der byzantinischen »Symphonie«, das sich in der russischen Geschichte vor allem im 20. Jahrhundert dramatisch verstärkt hat. Während die enge Verflechtung von Kirche und Staat im Zarentum eine weitgehend anerkannte Erklärungskraft hat, wird das Verhältnis während der Sowjetzeit oft vereinfachend als staatliche Unterdrückung der Religion dargestellt. Damit werden jedoch zahlreiche weitergehende Fragen zum Wandel des Staat-Kirche-Verhältnisses nach

dem Ende der Sowjetunion provoziert, die im Kern eine unerwartete Wende der Kirche zum Staat und eine neue Unterordnung nach Jahrzehnten der Repressionen konstatieren, die letztendlich nur durch eine umfängliche Instrumentalisierung der Religion durch die Politik oder aber durch persönliche Macht- und Luxusbestrebungen des aktuellen Patriarchen Kirill (Gundjaev) zu erklären wären. Vereinfachend ist diese Erklärung vor allem, weil sie die ungebrochene Geschichte der Kollaboration der Leitung der ROK mit der politischen Führung seit dem Zweiten Weltkrieg ignoriert. Der seit 2009 amtierende Patriarch Kirill ist seit den 1970er Jahren ein leitender Mitarbeiter des Außenamtes der ROK, d.h. er vertrat die ROK international, etwa beim Ökumenischen Rat der Kirchen, er war Teil der »Reisekader« der sowjetischen Außenpolitik (Beljakova, Bremer, Kunter 2016, 128) und kooperierte wie alle Leitungspersonen der Kirche in dieser Zeit mit den sowjetischen Sicherheitsdiensten. An dieser Stelle ist vor allem eine Tatsache entscheidend: Zu keinem Zeitpunkt wurde die Kollaboration der ROK mit dem sowjetischen Unrechtsstaat auf offizieller Ebene kritisch analysiert oder aufgearbeitet, es fanden keine Lustration, Schuldeingeständnisse oder Ähnliches statt. Ganz im Gegenteil positionierte sich dieselbe Kirchenleitung geschlossen als einzige nicht durch den Kommunismus kompromittierte gesellschaftliche Kraft und erlangte dadurch ein enormes gesellschaftliches und moralisches Kapital.

Nur wenn man diese Ungebrochenheit der Zusammenarbeit von Staat und Kirchenleitung über den Zusammenbruch der Sowjetunion hinweg wahrnimmt, erklären sich die Phänomene der postsowjetischen Nähe vor allem in der Kultur-, Bildungs- und Verteidigungspolitik. Die Verfolgung von Andersdenkenden, vor allem auch von religiösen Dissidenten, mit der Einwilligung oder direkten Beteiligung der Kirchenleitung wurde auch zu sowjetischen Zeiten als Verteidigung des Heimatlandes kirchliche gerechtfertigt. Die Erinnerung an die Menschen, die aufgrund ihres Glaubens von den sowjetischen Machthabern ermordet wurden, hat die Kirchenleitung im Jahr 2000 mit der Heiligsprechung von mehreren Hundert sogenannten Neumärtyrern als »nützliche Geschichte« in ihre Identitätskonstruktion aufgenommen und eine kritische Auseinandersetzung damit fast ausgeschlossen – dabei betrifft dies fast ausschließlich Opfer der stalinistischen Repressionen vor dem Zweiten Weltkrieg. Damit ermöglichte man eine Sakralisierung des Sieges im Zweiten Weltkrieg unter der Führung von Josef Stalin, der 1943 die ROK institutionell rehabilitierte. Nur wenn man diesen Sieg als gemeinsamen Sieg von Kirche und Staat erzählen kann, also die danach anhaltenden Repressionen gegen Gläubige aus der kirchlichen Erinnerung verdrängt, reiht sich der Sieg über den Faschismus nahtlos ein in

die 1000jährige Geschichte einer erfolgreichen gemeinsamen Verteidigung des Guten gegen alles Böse.

Für Russlands ist diese Verbindung von Staat und Kirche als Verteidigung gegen äußere Bedrohungen nach dem Ende der Sowjetunion zum treibenden Faktor der repressiven Innen- und aggressiven Außenpolitik geworden. In den russischen Diskursen ist eine analytische Trennung von politischen und religiösen Interessen in inhaltlicher und geografischer Hinsicht kaum noch möglich. Die Beziehung von beidem kann als Ontologisierung von imaginierten Zivilisationsgrenzen beschrieben werden, die der »Heiligen Rus'« entsprechen sollen und so auch die Mission der Heiligen Rus' als Bewahrerin und Verteidigerin des wahren Glaubens und als »katechon«, als Aufhalter des Antichristen, fortsetzen. Im Krieg gegen die Ukraine führt die Verbindung von Orthodoxie und Politik zu einer Verschmelzung von aus russischer Perspektive innenpolitischer Regulierung auf dem »eigenen« Territorium der Rus' einerseits und globaler Mission als Verteidigung ewiger, im religiösen Sinn Heil bringender Werte andererseits. So entsteht eine existentielle Dimension sowohl für Russland als auch für die Welt. Im Anschluss an die Sakralisierung des Sieges über den Faschismus im Zweiten Weltkrieg wirkt die Rede vom »metaphysischen Kampf« (Kirill 2022a), von der der »Verteidigung gegen das Böse« (Kirill 2022b) und der »Insel der Freiheit« (Kirill 2023a) vor allem als innerrussische Mobilisierungskraft. Die Opferbereitschaft der Großväter wurde in den sowjetischen und postsowjetischen Jahren auf allen Ebenen der Bildungs- und Kulturpolitik so stark mythologisiert, dass dieses Narrativ gemeinsam mit seiner religiösen Dimension der »Opferbereitschaft Gottes« (Kirill 2022c) äußerst anschlussfähig ist. Die Unterdrückung oder direkte Beseitigung von Andersdenkenden in der eigenen Gesellschaft kann so überzeugend als notwendige Stärkung der Einheit und Schutz vor (von außen hereingetragenen) Gefahren begründet werden. Schließlich wird aus der Bedeutung der Verteidigung gegen das »Böse« auch die massive Militarisierung der Gesellschaft durch die Kirche abgeleitet und kirchlich legitimiert. Bereits 2009 lobte Patriarch Kirill das nukleare Schutzschild Russlands als göttliche Vorsehung (Kirill 2009), und mit dem Bau der »Hauptkathedrale der Streitkräfte der Russischen Föderation« (2020 bei Moskau eingeweiht) erhielt die Zusammenarbeit von Kirche und Militär und die Kriegstheologie der ROK eine sichtbare Materialisierung (Čapnin 2022).

Aber die Rhetorik der Verteidigung der eigenen Traditionen, der wahren Werte und des wahren Glaubens zielt auch auf internationale Auditorien: Viele Gesellschaften des globalen Südens und die konser-

vativen Teile der sogenannten westlichen Welt stimmen dem Grundimpuls der Kriegsideologie – der Verteidigung traditioneller Werte – zu und sind darum zurückhaltend in ihrer Kritik an dem Krieg oder blockieren sogar internationales Vorgehen gegen Russland, wie im Fall von Ungarn. Die über Jahrzehnte mit aktiver Teilnahme der ROK geschaffenen globalen Netzwerke konservativer Akteure (Stoeckl/Uzlaner 2022) sind für Russland im aktuellen Krieg ein äußerst nützliches Instrument, um internationale Kritik auszubremsen oder zu verhindern. Dazu gehört die Fortsetzung des Blockdenkens des Kalten Kriegs, die insbesondere auch in der antiamerikanischen Ausrichtung der Kritik etwa durch den Vatikan oder durch afrikanische und südamerikanische Akteure deutlich wird. Auch eine Vereinnahmung der berechtigten Forderung nach Differenzierungen in der moralischen Beurteilung von globalen Akteuren ist Teil dieser Strategie, um eine Verunsicherung über Täter und Opfer in diesem Krieg zu erzeugen, wie sie sich zum Beispiel in der südamerikanischen Befreiungstheologie niederschlägt (Lima 2022). Dazu gehört weiterhin die Vereinnahmung des Kampfes für Religionsfreiheit, der in den liberalen Gesellschaften des Westens angesichts des scheinbaren Rückgangs der Bedeutung von Religion in den vergangenen Jahren vernachlässigt wurde, so dass sich ROK und russischer Staat gemeinsam als internationale Anwälte unterdrückter Religionsgemeinschaften positionieren konnten. Und dazu gehört schließlich auch eine gezielte Vereinnahmung des Dekolonisierungs-Diskurses, der in vielen Gesellschaften in den vergangenen Jahren Überzeugungskraft gewonnen hat (Klyszcz 2023). Die dezidiert religiöse Dimension verleiht all diesen Themen eine besondere Komplexität, Stabilität und Nachhaltigkeit, sie fehlt jedoch in vielen Analysen des russischen Angriffskrieges.

⇒ 4 Fazit

Die Orthodoxie ist ein prägender Faktor der gesellschaftlichen und politischen Identität sowohl in Russland als auch in der Ukraine. Auch wenn beide Länder durch eine gesetzliche Trennung von Staat und Kirche im politischen Handeln nicht religiösen Logiken folgen, so spielt die Orthodoxie in den gesellschaftlichen und politischen Diskursen eine bedeutende Rolle. Während die Kirche in Russland besonders durch leitende Personen wie Kirill (Gundjaev) seit den 1990er Jahren gezielt öffentliche Diskurse beeinflusst und bestimmt hat, um so indirekt politische Macht zu generieren, hat die Orthodoxie in der Ukraine erst durch den russischen Angriffskrieg seit 2014 eine tatsächliche politische Wirkmacht gewonnen. Die Funktionsweisen der Verbindung von Ortho-

doxie und Politik sind für den Fall Russlands in den vergangenen Jahren vielfach analysiert worden, dennoch machte die Rolle der Kirche in Russlands Angriffskrieg Leerstellen in der Forschung offensichtlich, die den eigenständigen Mobilisierungspotentialen der russischen Orthodoxie in einer weitgehend säkularen Gesellschaft Rechnung tragen können. Für die Ukraine fehlen ausführliche Analysen der Verknüpfung von Orthodoxie und Politik jenseits der russischen bzw. sowjetischen Einflüsse bisher. Der Krieg hat lediglich deutlich gemacht, dass auch hier die Orthodoxie für Politik und Gesellschaft eine wichtige Rolle für Identität und gesellschaftliche Mobilisierung spielt. In beiden Fällen greifen die Instrumentalisierungstheorien zu kurz, die den Einfluss von Religion auf die Innen- und/oder Außenpolitik der beiden Länder als reine politische Strategie der Eliten interpretiert. Aber auch die westlichen Erwartungen an anschlussfähige Konzepte christlicher Friedensethik oder Distanzierung von politischen Manipulationen werden der orthodoxen Positionierung nicht gerecht. Die westliche ökumenische Friedensethik hat sich seit vielen Jahren nicht mit den Entwicklungen in der Orthodoxie beschäftigt und gerade für den Fall Osteuropa die zutiefst politisch unterwanderten ökumenischen Dialoge mit dem Moskauer Patriarchat im Kalten Krieg als Konsens vorausgesetzt (Elsner 2023b). So kann Patriarch Kirill im Juni 2023, nach 16 Monaten eines gnadenlosen Vernichtungskrieges gegen die Ukraine mit voller Unterstützung der ROK, in einer Grußadresse zum 75jährigen Jubiläum des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK) schreiben:

Die Russische Orthodoxe Kirche trat dem ÖRK 1961 bei, gleich zu Beginn der damals aufkommenden Karibikkrise. In enger Zusammenarbeit mit Vertretern anderer orthodoxer Kirchen und christlicher Konfessionen beteiligt sich das Moskauer Patriarchat seit Jahrzehnten an der friedenserhaltenden Mission des ÖRK und widmet dem Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und soziale Ungerechtigkeit große Aufmerksamkeit. Heute sind wir erneut mit einer großen geopolitischen Konfrontation konfrontiert. Die tragischen Ereignisse in der Ukraine sind für mich besonders schmerzlich. Die Position des Moskauer Patriarchats ist klar und unmissverständlich: Wir rufen dazu auf, diesen Konflikt nicht weiter zu eskalieren (Kirill 2023b).

Mit einer offiziellen Zurückweisung dieser Position muss die ROK nicht rechnen. Im ÖRK ist sie weiterhin die einzige Kirche des postsowjetischen Raumes, die mit einer eigenen Delegation die angeblichen

Interessen und Positionen der Christen unterschiedlichster Länder einschließlich der Ukraine vertreten darf. Während die Rolle der Kirchen für die Analyse der russischen Kriegsführung und mögliche Friedenspotentiale aus politikwissenschaftlicher Sicht nach wie vor keine Rolle spielt (vgl. etwa das Fehlen einer Erwähnung im aktuellen Friedensgutachten 2023), ist die ROK weiterhin international als Akteurin russischer Außenpolitik dank der Akzeptanz durch kirchliche Netzwerke aktiv. Als »a-politische« Kraft der russischen Politik ist sie damit ein äußerst effektives Element internationaler religiöser bzw. kultureller Diplomatie und illustriert die Leerstellen sowohl im Bereich der Säkularisierungstheorien als auch im Bereich der (theologischen) Friedensethik und der Konfliktforschung.

⇒ Literaturverzeichnis

Achilli, Alessandro; Finkelstein, Miriam; Frieß, Nina (2022): Der russische Kulturimperialismus und der Krieg. Podcast: Roundtable Osteuropa 30/2022, 9.6.2022, <https://www.zois-berlin.de/en/podcast-roundtable-osteuropa/der-russische-kulturimperialismus-und-der-krieg>.

Admiraal, Beth (2019): The Intertwining of Religion and Nation: The Russian Administration's Approach to Religious Life and National Identity, *Occasional Papers on Religion in Eastern Europe*: 39:4, Article 2.

Appleby, R. Scott (1999): *The ambivalence of the sacred: religion, violence, and reconciliation*. Lanham, MD: Rowman & Littlefield Publishers.

Beljakova, Nadezhda; Bremer, Thomas; Kunter, Katharina (2016): »Es gibt keinen Gott!« Kirchen und Kommunismus. Eine Konfliktgeschichte. Freiburg: Herder.

Clark, Elizabeth; Vovk, Dmytro (2020): *Religion During the Russian Ukrainian Conflict*. New York: Taylor&Francis.

Curanović, Alicja (2014): *The Religious Factor in Russia's Foreign Policy*. New York; London: Routledge.

Baranova, Vlada; Darieva, Tsypylma (2023): Russlands ethnische Minderheiten im Kampf gegen den Kulturimperialismus. *ZOiS-Spotlight* 7/2023, 5.4.2023, <https://www.zois-berlin.de/publikationen/zois-spotlight/russlands-ethnische-minderheiten-im-kampf-gegen-den-kulturimperialismus> (Zugriff am 23.6.2023).

Bortnyk, Sergii (2023): Orthodoxe Kirchen im Krieg: (Hoffnung auf Frieden)? Vortrag Akademie Villigst, 3.5.2023, https://www.academic-initiative.org.ua/wp-content/uploads/2023/06/SB_orthodoxe_kirchen_im_krieg.pdf (Zugriff am 23.6. 2023).

Čapnin, Sergej (2022): Die bewaffnete Ikonostase. Russlands Staat, die Kirche und die Armee. *Zeitschrift Osteuropa* 12/2022, 183–195.

Demacopoulos, George E./Papanikolaou, Aristotle (eds.) (2017): *Christianity, Democracy and the Shadow of Constantine*. New York: Fordham University Press.

Elsner, Regina (2023a): Autokephalie der ukrainischen Orthodoxie. Die Politisierung der Kirchen im postsowjetischen Raum. In: Besl, Marco; Oelke, Simone (Hrsg.), *Politische Macht und orthodoxer Glaube*.

Beziehungen zwischen Politik und Religion in Osteuropa. Regensburg: Friedrich Pustet, 53–68.

Elsner, Regina (2023b): »Ökumene in der Zeitenwende? Russlands Krieg gegen die Ukraine als Zäsur ökumenischer Selbstverständlichkeit.« ET-Studies 14.1 (2023): 43–63.

Elsner, Regina (2022a): Dynamics of Russian Orthodox Ethics of Peace and War: Sketching Shifts from the Cold War to the War in Ukraine. In: The Uppsala Yearbook of Eurasian Studies, Vol. 3 (2022), 39–55.

Elsner, Regina (2022b): Religionsfreiheit in der Ukraine: Ein Menschenrecht als Instrument der Kriegspropaganda. Kirche und Recht, 2022, 28(1), 1–14.

Hurskainen, Heta (2013): Ecumenical Social Ethics as the World Changed. Socio-Ethical Discussion in the Ecumenical Dialogue between the Russian Orthodox Church and the Evangelical Lutheran Church of Finland 1970–2008, Turku: Schriften der Luther-Agricola-Gesellschaft.

KIIS (2023): Якою має бути політика влади щодо Української Православної Церкви (Московського Патріархату): Результати телефонного опитування, проведеного 26 травня - 5 червня 2023 року. 15.6.2023, <https://kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=1247&page=1> (Zugriff am 23.6.2023).

Kirill (Gundjaev) (1999): Обстоятельства нового времени. Либерализм, традиционализм и моральные ценности объединяющейся Европы (Статья в «Независимой газете» от 26 мая 1999 г.). In: Свобода и ответственность в поисках гармонии. Права человека и достоинство личности. Москва, 26–38.

Kirill (Gundjaev) (2000): Норма веры как норма жизни. Проблема соотношения между традиционными и либеральными ценностями в выборе личности и общества (Выступление на богословской конференции «Православное богословие на пороге третьего тысячелетия», Москва, 7-9 февраля 2000 г.). In: Свобода и ответственность в поисках гармонии. Права человека и достоинство личности. Москва 2016, 39–64.

Kirill (Gundjaev) (2009): Встреча Святейшего Патриарха Кирилла с нижегородской молодежью. Ответы на вопросы. 12.9.2009. <http://www.patriarchia.ru/db/text/739341.html> (Zugriff am 23.6.2023).

Kirill (Gundjaev) (2022a): Патриаршая проповедь в Неделю сыропустную после Литургии в Храме Христа Спасителя. 6.3.2022. <http://www.patriarchia.ru/db/text/5906442.html> (Zugriff am 23.6.2023).

Kirill (Gundjaev) (2022b): Слово Святейшего Патриарха Кирилла после Литургии в праздник Донской иконы Божией Матери в Донском монастыре. 1.9.2022. <http://www.patriarchia.ru/db/text/5955921.html> (Zugriff am 23.6.2023).

Kirill (Gundjaev) (2022c): Патриаршая проповедь в Неделю 15-ю по Пятидесятнице после Литургии в Александро-Невском скиту. 25.9.2022. <http://www.patriarchia.ru/db/text/5962628.html> (Zugriff am 23.6.2023).

Kirill (Gundjaev) (2023): Патриаршее слово в день памяти вмч. Георгия Победоносца после Литургии в Георгиевском храме на Поклонной горе. 6.5.2023. <http://www.patriarchia.ru/db/text/6024963.html> (Zugriff am 23.6.2023).

Kirill (Gundjaev) (2023b): Congratulations of His Holiness Patriarch Kirill on the 75th anniversary of the World Council of Churches. 21.6.2023. <https://mospat.ru/en/news/90474/> (Zugriff am 23.6.2023).

Klyszcz, Ivan (2023): It is not about ›neutrality‹: How the Global South responds to Russia's invasion. Heinrich Böll Foundation, 30.1.2023, <https://www.boell.de/en/2023/01/30/it-not-about-neutrality-how-global-south-responds-russias-invasion> (Zugriff am 23.6.2023).

Kunter, Katharina (2023): Still sticking to the Big Brother. History, German Protestantism and the Ukrainian War. *Studia UBB Theol. Cath. Lat.*, LXVIII:1, 71–91 Doi: 10.24193/theol.cath.latina.2023.LXVIII.1.03.

Lima, Eduardo Campos (2022): The war in Ukraine is not as simple as good versus evil for scholars of liberation theology. *America. The Jesuit Review*, 24.3.2022. <https://www.americamagazin.org/politics-society/2022/03/24/ukraine-war-liberation-theology-242647> (Zugriff am 23.6.2023).

Makrides, Vasilios. N. (2021): »Orthodoxie« als der einzig wahre Glaube. In *Fundamentalismus als ökumenische Herausforderung*, Leiden, Niederlande: Brill. DOI: 10.30965/9783657704583_009 (Zugriff am 23.6.2023).

Morozov, Oleg (2023): Komplizenschaft: Die »Kriegstheologie« des Moskauer Patriarchats. *RGOW 4* (2023), 18–20.

Overmeyer, Heiko (2005): Frieden im Spannungsfeld zwischen Theologie und Politik. Die Friedensthematik in den bilateralen theologischen Gesprächen von Arnoldshain und Sagorsk. Frankfurt/ Main: Lembeck.

Pew Research Center (2017): Religious Belief and National Belonging in Central and Eastern Europe. In Orthodox-majority countries, widespread support for Russia protecting Orthodox Christians. 8.5.2017, https://www.pewresearch.org/religion/2017/05/10/religious-belief-and-national-belonging-in-central-and-eastern-europe/pf-05-10-2017_ce-europe-00-10/ (Zugriff am 23.6.2023).

PCU (Pravoslavna Cerkva Ukraini) (2023): Яка різниця між юліанським і новоюліанським календарем. 8.6.2023. <https://www.facebook.com/Orthodox.in.Ukraine/posts/pfbid0cUaGj7bTzm-HebymFwo1ccFqzJnotByPt-Tjir7YAyGS31SLW2ew8KTYQSjYdHMTsZI> (Zugriff am 23.6.2023).

Reese, Roger (2014): The Russian Orthodox Church and ›Patriotic‹ Support for the Stalinist Regime during the Great Patriotic War, *War & Society*, 33:2, 131-153, DOI: 10.1179/0729247314Z.00000000035.

Schockenhoff, Eberhard (2018): Kein Ende der Gewalt? Friedensethik für eine globalisierte Welt. Freiburg i.Br.: Herder.

Sozialkonzeption (2000): Grundlagen der Sozialkonzeption der Russischen Orthodoxen Kirche. Deutsche Übersetzung online unter <http://orthodoxeurope.org/page/3/16.aspx>

Stoeckl, Kristina (2020a): Three models of church-state relations in contemporary Russia. *Constitutions and Religion*. Cheltenham, UK: Edward Elgar Publishing. DOI 10.4337/9781786439291.00020.

Stoeckl, Kristina (2020b) The end of post-Soviet religion. *Public Orthodoxy*, 20.7.2020. <https://publicorthodoxy.org/2020/07/20/the-end-of-post-soviet-religion/> (Zugriff am 23.6.2023).

Stoeckl, Kristina (2022): Russia's Spiritual Security Doctrine as a Challenge to European Comprehensive Security Approaches. *The Review of Faith & International Affairs*, 20:4, 37-44, DOI: 10.1080/15570274.2022.2139536.

Stoeckl, Kristina; Uzlaner, Dmitrij (2022): *The Moralists International. Russia in the Global Culture Wars*. New York: Fordham University Press.

Vasilevich, Natallia (2021): The Vatican Reactions to the Belarusian Crisis. 20.12.2021, <https://belarus2020.churchby.info/vatican-reactions-to-belarusian-crisis/> (Zugriff am 23.6.2023).

Willems, Joachim (2006): The religio-political strategies of the Russian Orthodox Church as a ›politics of discourse‹, *Religion, State and Society*, 34:3, 287-298, DOI: 10.1080/09637490600819390.

Selenskij, Wolodymyr (2022): Ми гарантуємо Україні духовну незалежність – звернення Президента Володимира Зеленського. 1.12.2022, <https://www.president.gov.ua/news/mi-garantuyemo-ukrayini-duhovnu-nezalezhnist-zvernennya-prez-79577> (Zugriff am 23.6.2023).

Zitationsvorschlag:

Elsner, Regina (2023): Diskurse über Krieg und Frieden: Die Rolle der Orthodoxie im Russischen Angriffskrieg auf die Ukraine (Ethik und Gesellschaft 1/2023: Religion als Brand- und Friedensstifter). Download unter: <https://dx.doi.org/10.18156/eug-1-2023-art-3> (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft
ökumenische zeitschrift für sozialethik

1/2023: Religion als Brand- und Friedensstifter

Oliver Hidalgo

Die Konflikthanfälligkeit religiöser Identitäten und die politisch-theologische Spaltung Europas

Jochen Töpfer

Standpunkte religiöser Würdenträger Südosteuropas zu Krisen- und Konfliktsituationen in Europa 1900-2023

Regina Elsner

Diskurse über Krieg und Frieden: Die Rolle der Orthodoxie im Russischen Angriffskrieg auf die Ukraine

Eva Maria Fischer

Religion, Huntington und der Ukraine-Krieg

Katja Winker

»Demokratischer Frieden« und Religion. Die politische Ethik des Katholizismus zwischen autoritärem und demokratischem Staat

Sarah Jäger

Skizzen zum Evangelischen Pazifismusdiskurs nach 1945

Christian Spieß

Fluide Wahrheiten zwischen Traditionsbrüchen und Kontinuitätsnarrativen. Das doppelte Gewaltproblem der Religionen und die Ambivalenz der Staatslehre der katholischen Kirche

Alexander Yendell

Religiosität und Kriegsbefürwortung: Theorien und Ergebnisse aus der quantitativen Religionsforschung